

Mahnwache am 12.3.26 17:00 h Marktplatz Bremen Gerhard Baisch

Die Welt ist aus den Fugen. Wir werden in Atem gehalten, vor allem von Präsident Trump. Fast täglich geschieht unerhörtes: Kanada soll ungefragt neuer Bundesstaat der USA werden, Grönland muss er haben – die Grönländer werden nicht gefragt, auch nicht das NATO-verbündete Dänemark. Maduro muss weg in Venezuela. Unter Verletzung der Immunität als Präsident wird er gewaltsam entführt. Kuba wird ohne jede Begründung von seinen lebensnotwendigen Energieimporten abgeschnitten, die Menschen dort dem Tod preisgegeben. Und jetzt der Krieg gegen den Iran, vom Zaun gebrochen, mitten in diplomatischen Verhandlungen, absolut völkerrechtswidrig. Dazu der Krieg in der Ukraine – im schon 5. Jahr, und kein Friede in Sicht.

Brutale Gewalt überall. Krieg und Kriegsgeschrei.

Seit fast 100 Jahren ist der Krieg geächtet. Im Briand-Kellogg-Pakt, 1928 gemeinsam verabschiedet von Deutschland, den USA, Frankreich, Großbritannien, Italien u.a., erklären die Staaten, dass sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik verzichten. Auch China und die UdSSR und über 40 weitere Staaten traten dem Vertrag danach bei. Er ging dann 1945 auf in der Charta der UN, die praktisch alle Staaten der Erde anerkannt haben. Hier heißt es in Art.2 Ziff.4 bestimmt und klar:

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ Und: „Die Mitglieder übertragen dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (Art. 24).“

Aber wir sehen: Brutale Gewalt überall. Krieg und Kriegsgeschrei.

Das Völkerrecht scheint am Ende. Trump erklärt offen, das Völkerrecht setze ihm keine Grenzen. Er folge nur noch seiner eigenen Moral. Das ist neu, dieser Rechtsnihilismus. Bisher haben die USA, seit sie der alleinige Hegemon der Welt sind, für ihre Kriege in Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak und in Libyen immer völkerrechtliche Begründungen abgegeben und sich um die Zustimmung des SR bemüht. Damit haben sie konkludent jeweils die Regeln des UNO-Systems und der UN-Charta anerkannt, auch wenn sie später Krieg führten ohne Mandat wie 2003 im Irak oder ihr Mandat überschritten wie in Libyen.

Aber kann die jetzt erklärte offene Missachtung des Rechts der UN-Charta und des Völkergewohnheitsrechts durch Trump das Völkerrecht ändern? Theoretisch Ja – aber nur, wenn die überwiegende Mehrheit der Staaten der Welt zur selben Überzeugung wie Trump kommen sollte. Das ist in absehbarer Zeit nicht zu befürchten. Denn Kriege beginnen, Sanktionen verhängen, mit Zöllen und Finanzsanktionen andere Länder erpressen, das können nur wenige mächtige Staaten dieser Erde. Sie kann man an den Fingern einer Hand abzählen. Für die meisten der 190 anderen gilt das Völkerrecht mit seinen Abkommen und Verträgen als Schutzwall gegen die Willkür der Starken. In den letzten Tagen haben daher viele Regierungen gegen den Irankrieg der USA und Israels protestiert. Unsere Regierung leider nicht. Aber das Volk ist manchmal klüger: nach einer Umfrage letzte Woche kritisieren immerhin 58% der deutschen Bevölkerung die Angriffe der USA und Israels auf den Iran, nur 25 % halten sie für gerechtfertigt.

Um meine Frage wieder aufzunehmen: nein, das Völkerrecht ist nicht am Ende! Es wird nur von wenigen mächtigen Staaten mit den Füßen getreten. Wir dürfen aber nicht resignieren. Wir müssen vielmehr immer wieder und laut protestieren und dazu auch unsere Regierungen drängen. Sonst erscheint der Rechtsbruch hingenommen, ja akzeptiert. Schlimm ist, wenn Frau von der Leyen gestern behauptete, Europa könne „nicht länger ein Hüter der alten Weltordnung sein, einer Welt,

die der Vergangenheit angehört“. Der spanische Ministerpräsidenten Sanchez gab ihr die passende Antwort: „In dem Dilemma geht es nicht um eine alte Ordnung gegen eine neue, sondern um eine – ich ergänze: eine gute - internationale Ordnung gegen eine internationale Unordnung“.

Die Rechtslage ist nicht, wie unser Kanzler meint, „so kompliziert“, dass man sich nicht positionieren kann. Sie ist ganz einfach: Krieg ist verboten. Es gibt nur zwei Ausnahmen:

1. Das Recht auf Selbstverteidigung, wenn ein Land gewaltsam angegriffen wird, und nur solange, bis der SR Maßnahmen beschließt.
2. Wenn der UN-Sicherheitsrat mit einem Mandat den Krieg gegen ein Land beschliesst. Dies kann der Sicherheitsrat auch dann tun, wenn eine Regierung die Bevölkerung im eigenen Land nicht schützt vor Genozid, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Keine dieser Ausnahmen trifft auf den jetzigen Krieg der USA und Israels gegen den Iran zu. Also muss er sofort beendet werden. Wenn Merz in Washington und Wadehul in Israel jeweils den Krieg billigen, sollten sie § 13 des dt.Völkerstrafgesetzbuchs im Blick haben: ihre Gesprächspartner sind Verbrecher. Sie führen einen Angriffskrieg; darauf steht bei uns lebenslang. Und sie selbst billigen Straftaten, auch wenn sie erschreckend zynisch von „Drecksarbeit“ reden.

Scheinheilig verkünden unsere Bewahrer des Völkerrechts, sie beteiligten sich nicht an diesem Krieg, während sie mit ansehen, wie in Ramstein in der Pfalz im Minutentakt große US-Transportflugzeuge landen und starten auf dem Weg in den Iran. Gewähren lassen ist auch eine Form von Beihilfe zur Aggression.

Wir fordern von unserer Regierung, sofort die Überflugrechte für alle Flüge mit Ziel Iran zu sperren.

Zwei weitere Fakten muss man nennen:

1. die USA, die heute lauthals die Unwirksamkeit des geltenden UN-Systems anprangern, unterminieren es an vorderster Stelle: sie zahlen einfach ihren Beitrag nicht in Mrd.-Höhe und erzwingen bei der UNO den Notbetrieb; sie blockieren den Sicherheitsrat mit Vetos, sie legen die Welthandelsorganisation seit Jahren lahm, indem sie die Wahl neuer Richter verweigern; sie schädigen Millionen von Menschen in Afrika, indem sie aus der Weltgesundheitsorganisation austreten; und nicht zuletzt: sie erhöhen die Gefahr eines globalen Atomkriegs, indem sie alle Abrüstungsabkommen gekündigt haben und durch massive nukleare Aufrüstung den Atomsperrvertrag missachten. Welch Widersinn! Sie machen ein funktionierendes System kaputt, um sich dann über seine Mängel zu empören.
2. Weiterer Punkt: Die USA wollen verhindern, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen kommt. 2010 plante die Staatenkonferenz des Atomwaffensperrvertrags die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone für den Nahen Osten, die den Iran und natürlich auch Israel eingeschlossen hätte. Der Iran war dazu bereit. Die USA blockierten (für Israel) die Konferenzpläne.

Dann gab es 2015 ein mühsam ausgehandeltes, vom Sicherheitsrat übernommenes Abkommen, in dem der Iran einer umfassenden internationalen Kontrolle seiner atomaren Aktivitäten zustimmte; im Gegenzug sollten die harten Wirtschafts- und Finanzsanktionen aufgehoben werden, die den Iran seit Jahren strangulierten. Die USA nahmen aber ihre Sanktionen nur teilweise und zögerlich zurück; und drei Jahre später kündigte Trump das Abkommen, was für 10 Jahre gar nicht zu

kündigen war, und setzte die alten und neue Sanktionen in Kraft. Deutschland und die anderen Garantiemächte fielen den USA nicht in den Arm. Der Iran hielt das Abkommen zunächst weiter penibel ein. Um neue Verhandlungen über die Sanktionen zu erreichen, erhöhte er nach einem Jahr den Grad der Anreicherung im zivilen Atomprogramm nach und nach. Aber die Kontrollbehörde in Wien und die US-Geheimdienste versicherten noch 2025, es gebe keine Anzeichen für ein aktuelles Programm zum Bau von Atombomben. Endlich kamen 2025 auch neue Verhandlungen mit den USA in Gang. Trotzdem wurde und wird der Iran gewaltsam angegriffen. Wem soll der Iran noch trauen?

Abschliessend frage ich: Müssen wir hinnehmen, dass jetzt die gegen das Mullah-Regime protestierenden Menschen im Iran verfolgt und getötet werden? Muss da nicht die internationale Gemeinschaft dazwischengehen? Die Antwort scheint bitter: ohne Beschluss und Auftrag des UN-Sicherheitsrats geht es nicht. Sonst haben wir wieder Koalitionen von Willigen, die im Namen der Menschenrechte bombardieren. Die UN-Vollversammlung kann protestieren und anprangern und den Willen der Völker zeigen. Den Sicherheitsrat ersetzen kann sie nicht.

Zu diesem Thema haben vor 2 Wochen über 350 namhafte Menschen im Iran gemeinsam an die internationale Gemeinschaft appelliert: ich zitiere

„Nein zum Krieg gegen den Iran“

Krieg ist das schlimmste Übel, das die Politik hervorbringen kann. Er tötet, zerstört und stürzt Familien in Trauer. Er vernichtet Infrastruktur, erzeugt Armut, opfert Unschuldige und schürt neue Gewalt. Er mindert unsere Fähigkeit, mit Krisen umzugehen, und verdunkelt jede Aussicht auf Entwicklung, Demokratie und Gerechtigkeit für den Iran.

Netanjahu und die Falken in Washington zielen mit kriegerischer Rhetorik, Sanktionen und Drohungen ausdrücklich darauf ab, unser Land zu destabilisieren und zu schwächen. Die Tragödien vom Januar 2026 – so schmerzhaft sie auch sind – können keinen Krieg rechtfertigen, kein weiteres Leid für unsere Landsleute und keine Zerstörung unseres Landes.

Wir, Iranerinnen und Iraner unterschiedlicher politischer Überzeugungen, lehnen jede Aggression gegen unser Land entschieden ab. Wir sind überzeugt, dass die Lösung – so schwer sie auch zu erreichen sein mag – im Iran selbst liegt: in konstruktiver Veränderung, in der Erneuerung der Gesellschaft, in einem Wandel von unten nach oben. Das ist der Weg nach vorn. Nicht der Krieg.
